Zum Einkommen von Ärztinnen und Ärzten

Jacques de Haller

Wie jedes Jahr zur gleichen Zeit veröffentlicht die Schweizerische Ärztezeitung eine detaillierte Studie zum Ärzteeinkommen. Sie finden diese auf Seite 409.

Zunächst ist zu beachten, dass die heute publizierten Zahlen das Jahr 2005 betreffen. Das macht sie besonders interessant, weil sie sich auf das erste Jahr beziehen, in dem wir unsere Leistungen vollständig nach TARMED abgerechnet haben. Wie immer sind die Zahlen also nicht ganz neu – denn es handelt sich um Analysen, die auf den konsolidierten Daten der AHV-Ausgleichskassen basieren. Für diese Konsolidierung benötigt die Verwaltung mehrere Jahre.

In diesem Jahr sind die Zahlen jedoch von besonderer Aktualität, da ihre Publikation zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem die FMH eine breit angelegte Offensive gegen die Arbeitsmethoden der Bundesverwaltung und gegen deren wiederholte Umtriebe lanciert, die sich gegen die gesamte Ärzteschaft richten.

Die Publikation dieser Zahlen erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem die FMH eine breit angelegte Offensive gegen die Arbeitsmethoden der Bundesverwaltung lanciert

Die Affäre im Zusammenhang mit der Analysenliste ist im übrigen nur eine Facette der unannehmbaren Haltung des für das Gesundheitswesen zuständigen Bundesrates und seiner Verwaltung. Nicht zu vergessen sind auch die Angriffe auf die Psychotherapie, die ambulante Chirurgie, die Komplementärmediziner usw.

Aus dieser Statistik des Ärzteeinkommens gehen mehrere Punkte hervor, die für uns, die sie «am eigenen Leib» erfahren, nicht überraschend sind. Trotzdem sind sie sehr interessant und sollen daher aufgezeigt werden:

- Einer dieser Punkte ist der permanente Rückgang des realen Ärzteeinkommens. Die Abbildungen, die weiter hinten aufgeführt sind, sprechen für sich! Das durchschnittliche AHV-Einkommen der Ärzteschaft beträgt zwar nach wie vor etwa 210 000 Franken. Doch man muss auch festhalten, dass unsere Einkommen im gesellschaftlichen Realvergleich Jahr für Jahr sinken. Die Tatsache, dass der zuständige Bundesrat dies nicht anerkennt, ist ein Beispiel für die Geringschätzung, die die FMH von seiner Seite erfährt.
- Im übrigen bestehen erhebliche Einkommensunterschiede zwischen den Kantonen (sowohl die Art der Praxisführung als auch die Selbstdispensation scheinen diesbezüglich einen grossen Einfluss zu haben) und zwischen den Fachrichtungen. Diese Unterschiede gilt es in Zukunft zu bekämpfen.
- Bitte verschont uns mit dem altbekannten Lied, dass die Einkommen der Ärzteschaft zum Nachteil der am besten gestellten Ärzte auszugleichen seien – während es kein linker Politiker mehr wagt, hinsichtlich der Löhne der Wirtschaftsführer in dieses Horn zu blasen, hat die politische Rechte diesbezüglich leider keine Skrupel, wenn es um das Einkommen der Ärzteschaft geht!
- Es liegt auf der Hand, dass es dem Gesundheitssystem nicht viel bringt, wenn man ein paar Prozente des Einkommens von 106 selbständigerwerbenden Urologen oder von 254 Orthopäden auf 6602 Grundversorger verteilt … Nicht zu vergessen ist auch, dass die Einkommen der Spezialisten im Vergleich mit den Einkommen in anderen freien Berufen in der Schweiz absolut gerechtfertigt sind.

Wir brauchen somit keine Slogans, wie sie in letzter Zeit zu hören waren, sondern klare und mutige politische Entscheide, die aufzeigen, dass die Medizin in der Schweiz aktive Unterstützung benötigt, damit sich ihr gegenwärtiges Niveau erhalten lässt.

Das ist zweifellos mit Kosten verbunden, wofür unsere Entscheidungsträger politischen Mut benötigen – denn angesichts einer Bevölkerung, deren Durchschnittsalter ständig steigt, einer Medizinaltechnologie mit immer mehr Möglichkeiten und entsprechend höheren Kosten und der zunehmenden Nachfrage, Erwartungen und Bedürfnissen der Gesellschaft ist es illusorisch, die Gesundheitskosten senken zu wollen.

Wir brauchen keine Slogans, sondern klare und mutige politische Entscheide

Kurz: Die heute veröffentlichten Zahlen zeigen, dass sich die Verhältnisse für die Ärzteschaft rasch ändern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umstände für viele von uns alles andere als einfach sind. Wie wir in den letzten Wochen verschiedentlich festgehalten haben, erwarten wir von unseren Partnern und von den Behörden, dass unserer Situation Rechnung getragen wird.

Dr. med. Jacques de Haller,
Präsident der FMH